

Daniel Faber

Neoliberalismus, Globalisierung und der Kampf um „Ökologische Gerechtigkeit“¹

Beim Versuch das starke Wachstum der Wirtschaft und der Unternehmensgewinne in der globalen Konkurrenz aufrecht zu erhalten, brachte der US-amerikanische Kapitalismus zunehmend Produktionsformen hervor, die alles andere als nachhaltig sind. Angetrieben von der verschärften globalen Konkurrenz wie auch von den steigenden Produktionskosten, initiierten die US-Unternehmen in den achtziger Jahren einen Prozess der „regulatorischen Reform“. Im Zuge dieses Prozesses wurden und werden Umweltgesetze zurückgedrängt, Rechte von Arbeitern wie auch ihre soziale Absicherung beschnitten, der Konsumentenschutz verringert und alle Regelungen bekämpft, die „freien Märkten“ entgegenstehen und den Profit mindern. Unterstützt wird dieses „Neoliberalismus“ genannte Programm durch Handelserleichterungen im Zuge der konzerngetriebenen Globalisierung und durch grundlegende Innovationen im Bereich der Hochtechnologie und den Dienstleistungsbranchen der „New Economy“. Die Resultate dieser Entwicklung sind eine intensivierete Ausbeutung sowohl der arbeitenden Menschen wie auch der Umwelt. Letztlich beruht damit die „Prosperität“ des US-Kapitalismus, die Maximierung der privaten Gewinne, auf einer Minimierung der Kosten, die zunehmend dadurch erreicht wird, dass diese schlicht sozialisiert werden. Sicht- und fühlbar macht sich dies durch Umweltverschmutzung, Vergiftung von Böden und Wasser, Raubbau an natürlichen Ressourcen und anderen ökologischen Bedrohungen. Obwohl dies allgemein bekannt ist, schreitet die ökologische Krise voran und wird mit jedem Tag lebensbedrohlicher (vgl. Faber 1998).

Nicht alle Amerikaner jedoch müssen die sozialen und ökologischen Kosten des US-Wachstums in gleichem Maße ertragen. Um ihre Gewinne zu steigern, greifen Unternehmen üblicherweise zu Strategien der Umweltausbeutung, die nicht nur ökonomisch „effizient“ sind, sondern auch politisch zweckmäßig, sprich: zu Strategien, die auf den geringsten Widerstand stoßen. Je weniger politische Macht eine Gemeinde hat, je weniger Ressourcen sie zur Verteidigung ihrer Interessen aufbringen kann, je geringer das Engagement ihrer Bewohner

1 Anm. der Red.: Nachdem in den 1980er und 1990er Jahren zunehmend deutlich wurde, dass die ökologischen Belastungen und davon ausgehende Gesundheitsgefährdungen der Bevölkerung in den USA höchst ungleich verteilt waren, entstand die Forderung nach „environmental justice“, was hier mit „ökologischer Gerechtigkeit“ übersetzt wird.

ist, sich gegen potenzielle ökologische Gefahren zu wehren, umso wahrscheinlicher wird es, dass Staat und Kapital die Bewohner und ihr natürliches Umfeld zwecks Kostenminimierung in Gefahr bringen. Daher ist es auch kein Wunder, dass in den USA – wie im Rest der Welt – meist die subalternen Bevölkerungsteile in besonderer Weise zu den Opfern der Konzernpolitik werden: die entrechteten Angehörigen ethnischer Minderheiten, niedrig entlohnte Industriearbeiter, Unter- und Unbeschäftigte, Landarbeiter, illegale Immigranten und die *working poor*, hier vor allem Frauen. Die Entrechteten der USA und ihr Lebensraum werden zunehmend zu einer Art nationaler Müllhalde. Diese Geschäftsstrategie wird auch offensiv beworben: Ein Bericht der Consulting- und Lobbying-Firma Cerrell Associates für das California Waste Management Board aus dem Jahr 1984 zum Beispiel empfahl ganz offen, gesundheitsgefährdende Abfallanlagen oder umweltverschmutzende Industrien in „Gebieten niedriger sozio-ökonomischer Entwicklung“ zu errichten, weil dort der geringste politische Widerstand zu erwarten sei (Roque 1993: 25-28). In dieser Hinsicht fußt die Prosperität des amerikanischen Kapitalismus auf spezifischen Formen nicht nachhaltiger Produktion, deren Folgen zudem überproportional von den Armen und den ethnischen Minderheiten auszuhalten sind.

Es ist inzwischen deutlich geworden, dass die ökonomischen Krisentendenzen der 1970er und 1980er Jahre im neuen Jahrtausend mehr und mehr in den Bereich der Natur übertragen werden und zu einer wachsenden ökologischen Krise führen. Die wirtschaftliche Gesundheit von Unternehmern und Gehaltsempfängern wird kurzfristig gesichert – indem die Umwelt und die Gesundheit von ethnischen Minderheiten und Armen, inklusive der Bevölkerung der Dritten Welt langfristig geschädigt wird. Die durch den Neoliberalismus unterstützte Restrukturierung der Unternehmen in aller Welt ist daher verantwortlich für die massive Verschlechterung der Arbeits- und Lebensumstände der politisch und ökonomisch Ohnmächtigen. Ihre sich zunehmend verschlechternde Lage und die ökologische Krise sind somit nur zwei Seiten derselben politisch-ökonomischen Medaille. Fragen nach Formen nachhaltiger Entwicklung sowie sozialer und ökologischer Gerechtigkeit stellen sich heute daher drängender als je zuvor. In diesem Artikel soll versucht werden, die Herausforderungen aufzuzeigen, vor denen die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit beim Aufbau einer wirklich partizipativen und ökologischen Demokratie und damit einer gerechteren und lebensfähigen Gesellschaft stehen.

Neoliberalismus, Globalisierung und die Restrukturierung des US-Kapitalismus

Im neuen Jahrtausend wird die Menschheit Zeuge einer besonders abgebrühten und hartgesottenen Form des US-amerikanischen Kapitalismus. Treibsätze dieses Kapitalismus sind Innovationen auf den Feldern Kommunikation,

Transport und Produktion, gigantische Infrastruktur-Investitionen und grundlegende Verbesserungen der Ausbildung wie auch eine deutliche Steigerung der Produktivität von Arbeitnehmern und in der Agrartechnologie. Dadurch ist es amerikanischen Firmen in den vergangenen Jahren gelungen, massiv zu expandieren und größere Teile des Weltmarktes zu erobern. Dieses durch Konzerne wie auch durch eine Unmenge von Freihandelsabkommen angetriebene Wachstum hat in vielen Wirtschaftssektoren der USA einen Boom ausgelöst, besonders bei den Exporteuren von Hochtechnologie und anderen Investitionsgütern, aber auch bei vielen Dienstleistern. Das hat zu einer immensen Steigerung der Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern geführt. Um sie wurde mit Gehaltssteigerungen, lukrativen Aktienoptionen und verlockenden Aufstiegschancen geworben.

Auf der anderen Seite erodiert die Position der „alten Industrien“, die ehemals das Rückgrat der amerikanischen Wirtschaft bildeten. Damit einher geht die Schwächung der Gewerkschaften, die in diesen Sektoren eine traditionell starke Position haben (vgl. dazu auch Ross/Trachte 1990; Dicken 1992). Untergraben wird die Gewerkschaftsbewegung vor allem durch die zunehmende Möglichkeit der Unternehmen zur Produktions- und Arbeitsplatzverlagerung in Niedriglohnländer und damit zur Erpressung ungelerner Arbeitnehmer. Waren 1953 noch 36 Prozent aller Beschäftigten im privaten Sektor gewerkschaftlich organisiert, so ist ihr Anteil inzwischen auf nur noch 9 Prozent gefallen². Gewerkschaftsmitglieder wie auch unorganisierte Arbeitnehmer spüren damit gleichermaßen den Druck, niedrigere Löhne, Sozialleistungen und höhere Leistungsanforderungen zu akzeptieren. In seinem Bemühen zur permanenten Kostensenkung ist das amerikanische Kapital immer weniger bereit, die alten Vereinbarungen zum Schutz von Mensch und Natur einzuhalten – Vereinbarungen, die ehemals auf Druck sozialer Bewegungen und vermittelt durch den liberalen Flügel der Demokratischen Partei getroffen wurden. Doch dieser Flügel hat seine Hegemonie an die Neoliberalen verloren, Einfluss haben heute Gruppen wie das Democratic Leadership Council (in dem einflussreiche Politiker wie Bill Clinton, Al Gore oder Joe Lieberman Schlüsselfunktionen inne hatten) oder die Politikerriege um US-Präsident George W. Bush, die sich für eine geringere staatliche Kontrolle der Industrie einsetzen. Als Folge bröckeln die ehemals tragenden Säulen, auf denen der liberale Kapitalismus ruhte und mit deren Hilfe er sich früher die Zustimmung der arbeitenden Menschen organisierte: hohe Löhne, Sozialleistungen, Arbeitsplatzsicherheit, Aufstiegschancen und Gleichberechtigung. Dies ist nun vorbei. Der Triumph des „Dritten Wegs“ der neoliberalen Globalisierung hat nicht nur in den USA den

2 Die extrem niedrige Arbeitslosenrate und die im Boom hohe Nachfrage nach Arbeit führte 1999 zu einer Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder von 96.000. Damit wurde erstmals ein jahrzehntelanger Trend durchbrochen (siehe Blanton 2000: F1-F3).

traditionellen Liberalismus des „New Deal“ und den amerikanischen Sozialstaat unterminiert; im Osten hat er den bürokratischen Staatssozialismen den Todesstoß versetzt, im Süden hat er nationalistische Strategien der abhängigen Entwicklung abgelöst und im Westen von Keynes inspirierte sozialdemokratische Politik ersetzt – der britische Premier Tony Blair und seine New Labour Party bieten dafür reichlich Anschauungsmaterial (Petras 2000: 19-35).

Die kapitalistische Globalisierung führt nun zu einer immer intensiveren Konkurrenz um globale Märkte. Verschärft wird diese Tendenz durch die Tatsache, dass nicht nur Unternehmen aus den traditionellen Industrieländern nach angemessenen Profit- und Akkumulationsraten streben, sondern inzwischen in jeder Ecke der Welt Länder eine exportorientierte Industrialisierungsstrategie verfolgen. Unternehmen sind daher immer weniger in der Lage, gestiegene Kosten oder sinkende Gewinnmargen durch schlichte Preiserhöhungen zu kompensieren, im Gegenteil: Preissenkungen bis an die Dumpinggrenze sind das Mittel der Wahl bei der Eroberung oder Verteidigung von Marktanteilen. Gemeinsam mit einer restriktiven Geldpolitik der US-Zentralbank hat dies zu relativ geringen Inflationsraten geführt. Ohne die Möglichkeit der Preiserhöhung verlegen sich Unternehmen zunehmend auf die Senkung ihrer Kosten zum Wohle der Profitrate. In der mörderischen Konkurrenz um Exportmärkte wird so die *Kostenminimierung* zum Schlüssel für *Profitmaximierung* in allen Nationen. Zentral ist hierbei die Steigerung der Effizienz, also des Output pro Einheit Input. Denn eine simple Erhöhung des Absatzes bei gleichzeitig steigenden Produktionskosten führt zwar auch zu Wachstum, aber nicht zu mehr Profitabilität.

Der Kampf um die Eindämmung der Kosten wird von den US-Unternehmen durch die Restrukturierung der Produktionsbedingungen vorangetrieben. Dabei geht es längst nicht nur um den Produktionsprozess im Betrieb. Ziel der Restrukturierung ist die Wiedereinführung ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Rahmenbedingungen, die die Rentabilität befördern. Dazu gehören auch neue institutionelle Arrangements, die zu der Entwicklung neuer Technologien, Produktionsprozesse, Arbeitsverhältnisse und veränderten Konsumgewohnheiten passen. Auf diesem Weg ist es dem amerikanischen Kapital gelungen, durch die Verlagerung und Abwanderung in Gegenden mit niedrigen Kosten und Löhnen einige Weltmarktanteile zurück zu gewinnen, die in den Siebzigern und Achtzigern verloren wurden – besonders an Konkurrenten aus Japan und der Bundesrepublik Deutschland. In diesen Ländern gingen die Profite in den neunziger Jahren oftmals so weit zurück, dass die Unternehmen Schwierigkeiten hatten, die notwendigen Investitionsmittel zur Expansion aufzubringen.

Wichtigstes Ziel der amerikanischen Unternehmen bei ihrem aktuellen Restrukturierungsprozess ist die Wiederherstellung der Kontrolle über Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen, die der Erhöhung der Profitrate im

Wege stehen. Denn als zunehmend unerträgliche Last nehmen viele Industrieunternehmen nicht nur die Arbeitskosten (inklusive betrieblicher Sozialleistungen) ins Visier, auch der Umweltschutz wird ihnen zu teuer. Daher werden nicht nur die Belegschaften „verschlankt“, auch Ausgaben zur Emissionskontrolle, zum Erhalt der Umwelt oder zur betrieblichen Gesundheitsfürsorge werden zusammengestrichen. Hinter der Restrukturierung verbirgt sich also die schlichte Tatsache, dass das Kapital per Kostensenkung mehr Wert aus Menschen und Umwelt in kürzerer Zeit und zu geringeren Kosten herausholt. Es sind genau diese Einsparungen auf Kosten der Natur und der Arbeiter, die die Gewinne der Unternehmen wesentlich stärker steigen lassen als ihren Absatz oder Umsatz.

Treibende Kraft hinter dem jüngsten Boom des US-Kapitalismus ist also die verstärkte Ausbeutung der arbeitenden Menschen und der Umwelt. Die verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft erreichen die Unternehmen durch einen Generalangriff auf die Errungenschaften der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen. Dieser Angriff hat viele Stoßrichtungen: die betriebliche Offensive gegen Gewerkschaften; die Ersetzung von regulären durch prekäre Jobs und von Dauer- durch befristete Arbeitsverträge mit geringerer Entlohnung. Die Arbeitsplätze werden unsicherer gemacht, flexibler, die Löhne stagnieren oder fallen ebenso wie die Sozialleistungen. Überstunden werden obligatorisch und der Arbeitsprozess verdichtet und beschleunigt. Des Weiteren werden selbst die minimalen sozialen Schutzvorrichtungen beschnitten, an der Gesundheit der Mitarbeiter wird ebenso gespart wie an ihrer Sicherheit. Und prinzipiell nehmen die Unternehmen alle privaten oder öffentlichen Programme aufs Korn, die den Mittel- oder Geringverdienern nutzen. (siehe dazu Gordon 1996)

Auf der anderen Seite steht die zunehmende Ausbeutung der Natur. Immer größere Mengen natürlicher Ressourcen werden immer schneller und kostengünstiger abgebaut. Ausgaben zum Schutz der Umwelt, zur Kontrolle und Prävention von Verschmutzung fallen Kostensparprogrammen zum Opfer. Eingeführt werden neue Produktionsmethoden wie zum Beispiel Biotechnologie in der Landwirtschaft – Produktionsmethoden, die nicht nur die Produktivität erhöhen, sondern auch die Belastungen für die Natur. Analog zur Senkung der Arbeitskosten erzielt das amerikanische Kapital diese Einsparungen durch einen Generalangriff auf die Errungenschaften der Ökologiebewegung wie auch auf sämtliche öffentlichen Programme zum Umweltschutz. Die sichtbaren Ergebnisse sind: die zunehmende Emission von Schadstoffen in die Umwelt, vor allem in armen oder nicht-weißen Gemeinden; ein immer zerstörerischerer Raubbau an den natürlichen Ressourcen, vor allem auf dem Land der indigenen Bevölkerung; abnehmender Verbraucherschutz und geringere Produktsicherheit wie auch Versuche der Unternehmen, ihre Haftung für defekte oder schädliche Produkte zu mindern; die Auslöschung von immer mehr Tier- und Pflanzenarten sowie ganzer Ökosysteme und das Ausufernde der Vor-

städte (suburban sprawl). Auf den Punkt gebracht: *Zur Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation und dem Gewinnwachstum in der globalen Konkurrenz setzt der US-amerikanische Kapitalismus zunehmend auf ökologisch unhaltbare Produktionsformen, deren Schäden überproportional ethnischen Minderheiten und gering bezahlten Arbeitern und ihren Angehörigen aufgebürdet werden – jenen Gruppen also, die in der traditionellen Umweltbewegung unterrepräsentiert sind.*

Die Erosion des bestehenden Systems zum Umweltschutz wird dabei politisch zusätzlich unterstützt durch die Verschiebung von Zuständigkeiten von der Bundesebene zu den einzelnen Bundesstaaten. Hierfür steht die „Devolution“-Politik des „neuen Föderalismus“ oder die Rede von den „states' rights“, den Rechten der Bundesstaaten. Die Neoliberalen hoffen, dass sich die einzelnen Bundesstaaten dadurch in dem Versuch Kapital anzuziehen wechselseitig überbieten und die Staaten den Unternehmen immer geringere Kosten für Umwelt- und Arbeitsschutz aufbürden. Diese Hoffnung wird nicht zu Unrecht gehegt. Denn die zunehmende Mobilität des Kapitals ist nicht nur ein wichtiger Faktor bei der Kostenreduktion, sondern auch ein mächtiges Druckmittel gegen Politiker und Verwaltungen. Wie desaströs Kapitalflucht wirkt, haben die nördlichen US-Bundesstaaten des „rust belt“ erlebt. Dass die ökonomischen Probleme dort gravierender als im Rest des Landes sind, liegt vor allem an der Abwanderung von Unternehmen in die südlichen und westlichen Bundesstaaten des „sun belt“, wo Arbeit billiger ist, Steuersätze und Grundstückspreise niedriger sind und wo Umweltauflagen weniger streng gehandhabt werden. Im Gefolge dieser Entwicklung hat sich seit den achtziger Jahren die polit-ökonomische Machtbasis in den Süden (repräsentiert durch Politiker wie Jimmy Carter, Ross Perot, George Bush, Bill Clinton oder Al Gore) und in den Westen (repräsentiert durch Politiker wie Ronald Reagan, Dick Cheney oder John McCain) des Landes verschoben.

Laxe Durchsetzung von Gesetzen zu Umweltschutz, Gesundheitsfürsorge oder Arbeitssicherheit ist neben der Zurückdrängung der Gewerkschaftsmacht der Schlüsselfaktor für den Aufstieg des Cowboy-Kapitalismus im „sun belt“. Die Folgen können besichtigt werden: Von den 50 umweltschädlichsten Fabrikanlagen des Landes finden sich allein 33 in 15 südlichen Bundesstaaten. In der Heimat von US-Präsident George W. Bush, in Texas, liegen fünf der zehn am stärksten verschmutzten Postbezirke der USA, zudem ist Texas unter allen Bundesstaaten führend bei der Belastung von Luft, Wasser und Boden mit krebserregenden Giftstoffen. Ein Bericht des Environmental Defense Fund von 1995 zeigte, dass Erdölraffinerien in Texas, Mississippi, West Virginia und Kansas die ökologisch ineffizientesten sind (gemessen an der Menge an Emissionen und Abfall pro produziertem Barrel Öl pro Tag). Am besten hingegen schneiden Raffinerien in den nördlichen Bundesstaaten wie New Jersey ab, wo die strengsten Umweltgesetze gelten. Des weiteren zeigt eine Untersuchung

von Paul Templet von der Louisiana State University in Baton Rouge zum Verhältnis von Emissionen pro Arbeitsplatz, dass die Chemiefabriken Louisianas etwa zehn Mal mehr Umweltgifte pro Arbeitsplatz emittieren als ähnliche Anlagen in New Jersey oder Kalifornien, wo die Gesetze strenger sind, strenger durchgesetzt werden und die Industrie mehr für ökologische Belange zahlen muss³. Es ist insofern kein Wunder, dass in Louisiana die Reihe vorwiegend von Afro-Amerikanern bewohnter Gemeinden zwischen Baton Rouge und New Orleans als „Cancer Alley“ bekannt ist. Dies ist nur ein Beispiel für den Trend, Giftmülldeponien, dreckige Industrien und ökologisch gefährliche Anlagen in jenen Gemeinden des Südens zu konzentrieren, wo mehrheitlich Mitglieder ethnischer Minderheiten leben.

Wenn also die steigenden Unternehmensgewinne die Lokomotiven sind, die den Zug des US-Business über die „Brücke zum 21. Jahrhundert“ (Clinton) ziehen, so ist es die intensivierte und unhaltbare Ausbeutung von Mensch und Natur, die diese Dampflok anfeuert. An den Schalthebeln stehen neoliberale Politiker, die den Machtverlust der progressiveren Teile der organisierten Arbeiterschaft, der Umwelt- und anderer sozialer Bewegungen in die Wege leiten. Der vom Neoliberalismus beförderte Prozess der Kapitalrestrukturierung ist somit direkt verantwortlich für die Verschlechterung des ökologischen Lebensumfelds wie auch der Arbeitsbedingungen. Die Leiden der amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen wie auch der unterdrückten ethnischen Minderheiten und die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen sind daher lediglich zwei Seiten derselben Medaille, die durch denselben historischen Prozess geprägt wird: der Restrukturierung und der Globalisierung des US-amerikanischen Kapitalismus. Daher stellen sich heute Fragen der nachhaltigen, gerechten Entwicklung und der Erhaltung der Umwelt drängender als je zuvor in der US-amerikanischen Geschichte. Gestellt werden diese Fragen von der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit.

Die Entwicklung der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit

Die neue Ökologie-Bewegung in den USA kommt von unten. Als Reaktion auf die durch Neoliberalismus und Globalisierung verstärkte ökologische und ökonomische Ungleichheit, aber auch durch die Schwäche der etablierten Umweltorganisationen hat sich eine Welle von Graswurzel-Ökobewegungen herausgebildet. Getragen werden sie vor allem von jenen Bevölkerungsgruppen, die sich traditionellerweise wenig um ihre Umwelt kümmern: In vorwie-

3 15 der 20 Anlagen mit dem höchsten Ausstoß an giftigen Chemikalien fanden sich 1994 in den südlichen Bundesstaaten. Keine einzige befand sich in New England oder entlang der Ostküste, und nur zwei befanden sich im mittleren Westen der USA. Zwei Fabriken des US-Chemieriesen DuPont – eine in Mississippi und eine in Tennessee – standen an der Spitze der Liste der Unternehmen mit dem höchsten Ausstoß an giftigen Emissionen.

gend von Migranten aus Lateinamerika oder Asien bewohnten Innenstadt-Bezirken, in kleinen afroamerikanischen Kommunen, aber auch in verarmten Indianer-Reservaten, „weißen“ Arbeiterbezirken oder in landwirtschaftlich geprägten Gemeinden mit mexikanischer Bevölkerungsmehrheit wehrt man sich neuerdings kollektiv gegen die ausgreifende Plünderung und Verwüstung von Land, Luft, Wasser und gegen die Bedrohung der Gesundheit durch profitgierige Konzerne, denen indifferente Regierungsstellen und NGOs keine Schranken mehr setzen. An der Spitze dieser neuen Bewegung stehen Hunderte lokal verwurzelter Umweltgruppen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die ökologischen Belastungen zu vermindern, die vor allem von ethnischen Minderheiten oder armen Arbeiterfamilien ge- und ertragen werden müssen. Sie sind daher Teil einer Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit. Seit dem wichtigsten Ereignis in der Geschichte dieser Bewegungen, dem First National People of Color Environmental Leadership Summit 1991, integrieren sich diese oft isolierten Einzelgruppen verstärkt zu strategischen Netzwerken mit regionaler und manchmal sogar nationaler Reichweite.

Zur unterschiedlichen ethnischen Herkunft dieser Menschen passt die Unterschiedlichkeit ihrer politischen Herkunft und der politischen Ansätze, mit denen sie ökologische Gerechtigkeit herstellen wollen. Bislang rekrutierten sich Umweltaktivisten vor allem aus sechs verschiedenen politischen Initiativen, die bereits seit Jahrzehnten existieren: (1) die Bürgerrechtsbewegung, in der vor allem Afro-Amerikaner und andere nicht-weiße Menschen sich für ihre Bürgerrechte einsetzen; (2) Organisationen, die für Arbeitsschutz und ein betriebliches Gesundheitswesen kämpfen, vor allem für illegale Einwanderer oder gewerkschaftlich nicht organisierte Arbeitnehmer; (3) die Bewegung, die für das kulturelle Überleben, die Selbstbestimmung und das Recht auf Land für indigene US-Amerikaner streitet; (4) Bewegungen für öffentliche Gesundheit und Sicherheit, hier besonders jene, die die Vergiftung der Umwelt durch Blei und andere Schadstoffe anprangern; (5) Organisationen für Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt; (6) Bewegungen, die Widerstand gegen soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit in multi-ethnischen Kommunen oder armen Arbeiterbezirken organisieren.

Ihre unterschiedliche politische Geschichte prägt diese kommunalen Organisationen und regional-nationalen Netzwerke sowie ihre Vertreter sehr stark. Daher scheint es oft so, als gäbe es überhaupt keine einheitliche nationale Bewegung. Aber obwohl diese Gruppen sich in ihren Ansätzen, Strategien, Erfahrungen stark unterscheiden, *eint sie doch das größere Ziel der Ökologischen Gerechtigkeit* (vgl. dazu auch Faber 1998). Denn gemeinsam ist den verschiedenen Einzelorganisationen die Leidenschaft, Basisarbeit mit partizipativer Demokratie zu verbinden, um so zur Lösung von Problemen wie Missbrauch der Umwelt, ökologisch unhaltbarem Wirtschaftswachstum, Rassismus, sozialer Ungleichheit und die Entmachtung der Kommunen zu kommen (Bas-

tian/Alston 1993: 1-3). Daher gehen all die disparaten Traditionen langsam aber unübersehbar auf in einem größeren politischen Zusammenhang zur Rettung der Umwelt: die unterschiedlichen Flügel dieser Bewegung lernen, sich besser zu verstehen und nehmen Elemente anderer Organisationen in ihre Ziele und Handlungsstrategien auf. So entsteht die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit.

1. *Ökologischer Rassismus und ungleicher Schutz: Ökologische Gerechtigkeit und der Kampf um Bürgerrechte*

Das Erbe der Bürgerrechts-Bewegung ist das wichtigste Fundament, auf dem das aktuelle Engagement für ökologische Gerechtigkeit gründet. Zwar bedrohen Umwelt- und Gesundheitsprobleme die Lebensqualität aller Amerikaner. Jedoch ist diese Bedrohung beileibe nicht für alle US-Bürger gleich groß. Während sich gut bezahlte, weiße Arbeitnehmer zum Beispiel den Zugang zu einem relativ unbelasteten Lebensumfeld außerhalb der Industriezonen – in Vorstädten oder auf dem Land – erkaufen können, bleiben ethnische Minderheiten in den verschmutzten Gebieten zurück und sind wesentlich häufiger ökologischen Risiken ausgesetzt. In ihrem Lebensumfeld findet sich erstens eine höhere Dichte umweltverschmutzender Betriebe oder Kraftwerke; zweitens eine größere Anzahl gefährlicher Mülldeponien oder Müllentsorgungsanlagen inklusive Müllgruben, Müllverbrennungsanlagen oder Abfall-Zwischenlager; und drittens werden Umweltschutzgesetze oder -auflagen dort seltener und weniger strikt durchgesetzt. Diese ungleiche Risikoverteilung bedroht die Menschen also dort, wo sie „arbeiten, leben und spielen“ (Alston 1990).

Mülldeponien oder -verarbeitungsanlagen gehören zu den größten Gesundheitsrisiken in Wohngebieten ethnischer Minderheiten. Nach einem Bericht der United Church of Christ's Commission on Racial Justice von 1987 leben drei von fünf Afro-Amerikaner oder Latinos in der Nähe von illegalen oder verlassenen Lagern giftigen Abfalls. In Gemeinden, auf deren Gebiet sich eine gesundheitsgefährdende Abfall-Anlage befindet, ist der Anteil farbiger Menschen doppelt so hoch wie in Gemeinden ohne eine solche Anlage. In Gemeinden mit zwei oder mehr Müll-Lagern oder -Verarbeitungsstätten liegt der Anteil ethnischer Minderheiten sogar dreimal so hoch. Eine Folgestudie aus dem Jahr 1994 fand heraus, dass sich die Lage seit 1980 sogar noch mal verschlechtert hatte: Das Risiko, neben einer kontaminierten Mülldeponie zu leben, ist für nicht-weiße Amerikaner um 47 Prozent höher als für weiße. Von der Hautfarbe scheint auch abzuhängen, in wie weit und wie oft die Regierung die Einhaltung von Umweltschutzauflagen erzwingt oder Unternehmen zur Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden veranlasst. Eine im *National Law Journal* veröffentlichte landesweite Studie von 1992 zeigt, dass in Ge-

meinden mit mehrheitlich farbiger Bevölkerung so genannte „Superfund“-Anlagen⁴ 12 bis 42 Prozent später gereinigt werden. Umweltsünder haben auch einen monetären Anreiz, vornehmlich das Lebensumfeld ethnischer Minderheiten zu verschmutzen: Während die durchschnittliche Strafzahlung für gesetzeswidrige Kontamination von mehrheitlich „weißen“ Gegenden bei 335.566 Dollar lag, betrug sie in anderen Gemeinden nur ein Sechstel davon (55.318 Dollar). Aus der Studie ist auch ersichtlich, dass die Regierung in mehrheitlich von ethnischen Minderheiten bewohnten Gebieten durchschnittlich 20 Prozent mehr Zeit benötigt, um eine giftbelastete Sondermülldeponie auf die Superfund-Liste zu setzen und sie anschließend zu dekontaminieren (Lavell/Coyle 1992: 2-12).

Vor diesem Hintergrund ist es erklärtes Ziel der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit, diesen „Umwelt-Rassismus“ zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass diese Problematik auch von etablierten Umweltschutz-Organisationen erkannt wird. Der Fakt des ökologischen Rassismus hat dafür gesorgt, die Kämpfe für Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz zu vereinen und hat zudem verschiedene Untersuchungen zum Zusammenhang von Umwelttrisiken, Geschlecht, Rasse und Klassen angeregt (siehe dazu Bullard 1994 und Bryant/Mohai 1992).

2. Sterben für den Lebensunterhalt: Ökologische Gerechtigkeit und der Kampf um betrieblichen Arbeitsschutz

Ein anderer Flügel der neuen Ökologiebewegung entwickelte sich aus dem Kampf für besseren Arbeitsschutz und Gesundheitsvorsorge für besonders gefährdete Arbeitnehmer. Angespornt durch Deregulierung und laxen Kontrollen erlaubt der Neoliberalismus dem Kapital nicht nur geringere Ausgaben zum Erhalt von Umwelt und Gesundheit außerhalb der Fabriken, sondern auch Einsparungen bei Schutzmaßnahmen für die Arbeiterklasse im Produktionsprozess. Um die Ausbeutungsrate der Arbeit zu erhöhen, reduzieren oder eliminieren die Unternehmen Sicherheits-Ausstattung und -Verfahren, die die Arbeitsproduktivität senken oder die Gewinne beschneiden. Ganze 800 Inspektoren wachen derzeit über die Einhaltung der gesetzlichen Sicherheitsstandards für 110 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen an 6,5 Millionen Arbeitsstätten. Dabei sind Arbeitnehmer immer größeren Risiken am Ort der Produktion ausgesetzt. Etwa 16.000 Arbeiter und Arbeiterinnen werden in den

4 Anmerkung des Übersetzers: Der „Superfund“ ist ein Entschädigungsfonds für Umweltschäden. Mit Inkrafttreten des Superfund-Gesetzes am 11.12.1980 wurde eine äußerst umfassende Haftungsregelung geschaffen, der der Gedanke zugrunde liegt, dass Umweltsünder für die Sanierung kontaminierter Gelände aufkommen müssen. Die amerikanische Umweltschutzbehörde EPA begann damals mit der Erfassung und Katalogisierung sämtlicher Sondermülldeponien des Landes. Besonders bedenkliche Deponien wurden in eine Prioritätenliste (National Priorities List, NPL) aufgenommen (<http://www.epa.gov/superfund/sites/>).

USA *jeden Tag* bei ihrem Job verletzt, 17 von ihnen sterben. Weitere 135 Leben kosten jeden Tag Krankheiten, die durch den Kontakt mit Giftstoffen am Arbeitsplatz verursacht werden (Levenstein/Wooding 1998: 60-80). Diese „Berufsrisiken“ sind sogar noch größer für jene Arbeiter, die nicht einmal minimalen gewerkschaftlichen Schutz oder auf Grund ihrer Illegalität keine Staatsbürgerrechte genießen wie zum Beispiel Erntehelfer aus Lateinamerika. Jedes Jahr werden 313.000 der 2 Millionen Landarbeiter und Landarbeiterinnen – die meisten von ihnen illegale Immigranten – durch Pestizide vergiftet, zwischen 800 und 1000 sterben (Perfecto 1992: 177-203).

Das Elend dieser Menschen führt zu neuen Koalitionen zwischen Landarbeiter-Vereinigungen wie den United Farm Workers (UFW), Organisationen zum Schutz der Rechte von Immigranten, Arbeitern oder Konsumenten, Umweltgruppen und der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit. Jüngste Beispiele hierfür sind Kampagnen für das Recht auf Information, Landarbeiter-Kämpfe gegen den Missbrauch von Pestiziden und Bewegungen gegen den schädlichen Einfluss der Hightech-Industrie auf die Fortpflanzung. Auf landesweiter Ebene ist das Farmworker Network for Economic and Environmental Justice (FVN) inzwischen führend bei der Verbindung von Arbeiterrechten mit dem Kampf gegen Berufsrisiken oder der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Gegründet im Jahr 1993 hat das FVN sechs ihm angeschlossene Organisationen, die zu Themen wie Pestizid-Missbrauch, EPA Arbeitsschutz-Standards oder Einwanderer-Rechte arbeiten.

3. Schutz kultureller und biologischer Vielfalt: Ökologische Gerechtigkeit und die Selbstbehauptung der indigenen Bevölkerung

Eine Quelle der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit sind auch die Kämpfe der amerikanischen Ureinwohner, der Chicanos, Afro-Amerikaner und anderer marginalisierter indigener Gemeinden, die ihr Land sichern und bewahren wollen. Eine Schlüsselkomponente der neoliberalen Offensive seit Beginn der neunziger Jahre beinhaltet die Zurückdrängung einer Politik des Schutzes von Naturreservaten und -parks, von Wäldern, Flüssen, Feuchtgebieten und bedrohten Arten. Der Grund für dieses Vorgehen ist simpel: Die Restrukturierung der Unternehmen spornt die Manager zu einer wesentlich aggressiveren und destruktiveren Jagd nach billigeren Quellen erneuerbarer ebenso wie nicht erneuerbarer Ressourcen an. Dies beinhaltet auch Versuche zur Ausbeutung der majestätischen Wälder im Tangass National Forest in Alaska oder der uralten Redwood-Wälder im pazifischen Nordwesten der USA, wo der bedrohte Fleckenkauz lebt. Begehrlichkeiten der Vorstandsetagen richten sich auf die reichhaltigen Vorkommen an gering schwefelhaltiger Kohle im Boden der Black Mesa, der Heimat der Hopi und Navajo im amerikanischen Südwesten oder auf die gigantischen Öl- und Gasfelder im Arctic National

Wildlife Refuge in Alaska. Gefordert wird die Öffnung von immer mehr Feuchtgebieten und anderen fragilen Ökosystemen zur Nutzung durch Industrie, Agro-Business oder Immobilien-Unternehmen.

Viele der Gebiete mit dem größten Reichtum an natürlichen Ressourcen sind seit Jahrhunderten die Heimat indigener Gemeinschaften, die dieses Land im 18. oder 19. Jahrhundert von den Spaniern oder Mexikanern übereignet bekommen haben oder es im Zuge des Wiederaufbaus nach dem amerikanischen Bürgerkrieg erhielten. Andere können sich auf Verträge mit der US-Regierung berufen. Angesichts der Größe ihrer Ländereien ist es nicht verwunderlich, dass Unternehmen hier große Chancen sehen. Das Gebiet der amerikanischen Ureinwohner allein umfasst 100 Millionen Acres (1 Acres = 4046,8 qm), und ist damit so groß wie das gesamte Areal des amerikanischen National Wilderness Preservation System. Die Reservate in den so genannten 48 „lower states“ (alle Bundesstaaten außer Alaska und Hawaii) sind so groß wie ganz Neuengland, allein das Navajo-Reservat ist fünf Mal so groß wie der Bundesstaat Connecticut und doppelt so groß wie Maryland.⁵ Die Konzerne sind daher zum Angriff übergegangen. Sie versuchen, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen und schrecken auch nicht vor der Forderung an die Politik zurück, alte Verträge mit den amerikanischen Ureinwohnern zu widerrufen (siehe dazu: Laduke 1999; Weaver/Means 1996; Grind/Zinn/Johansen 1998).

Als Konsequenz flammen neue Ressourcen-Konflikte im ganzen Land auf. Motiviert sind sie weniger durch eine irgendwie geartete Knappheit an Öl, Kohle oder Nutzholz. Was das amerikanische Kapital antreibt ist vielmehr die Suche nach *billigeren* natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, um allgemein die Input-Kosten der Produktion zu senken und um mit niedrigeren Kostpreisen erfolgreich auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Das Resultat ist eine Zunahme von Offshore-Bohrungen, Tagebau und weiträumigen Abholzungen mit all den begleitenden negativen sozialen und ökologischen Konsequenzen. Zu diesen gehört auch die Belastung indigener Gemeinden und ihres Umfeldes mit giftigen Chemikalien und radioaktivem Abfall - bleibende Hinterlassenschaften von Industrie und Bergbau-Konzernen. Die Kombination aus habgierigen Konzernen und gleichgültigen Regierungsstellen haben in den Gebieten der indigenen Bevölkerung nicht nur zu extremer Armut geführt, sondern auch zu schweren ökologischen Schäden: Etwa 126 Tier- und Pflanzenarten auf indianischem Territorium listet das First National Development Institute als gefährdet oder bedroht auf. 49 Prozent aller bedrohten Fischarten, 26 Prozent aller bedrohten Vogelarten und 22 Prozent aller bedrohten Säugetierarten finden sich auf dem Land der indigenen Bevölkerung.

Beim Versuch die soziale und ökologische Krise der indigenen Gemeinschaf-

5 Diese Ländereien - inklusive 44 Millionen Acres in Alaska - entsprechen 4,2 Prozent der Fläche der gesamten Vereinigten Staaten, also ungefähr der Größe Kaliforniens.

ten anzugehen, verbindet die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit die Sorge um den Schutz der natürlichen Ressourcen und Nachhaltigkeit mit Themen wie territorialer Selbstbestimmung, kulturellem Überleben, Rassismus, sozialer Gerechtigkeit und religiöser Freiheit. An der Spitze dieser Entwicklung steht das nationale Indigenous Environmental Network (IEN). Es wurde 1992 gegründet. Heute fungiert es als Informations- und Ressourcen-Netzwerk mit der Aufgabe, die über 600 Organisationen der indigenen Amerikaner und ihre Aktivisten technisch und organisatorisch zu unterstützen und Strategien zur gegenseitigen Hilfe zu entwerfen. Noch kümmert sich das Netzwerk primär um Umweltprobleme *innerhalb* der Reservate wie zum Beispiel die Lagerung von radioaktivem Abfall, die Stationierung von Nuklearwaffen, Bergbau, Waldbestand, Giftmüll-Deponien, Wasser-Qualität und Wasser-Rechte. Aber inzwischen ist das IEN dabei, ein regionales Netzwerk mit durchaus nationaler Reichweite aufzubauen. Sein Nationaler Rat und seine jährliche Konferenz sind wichtige Zentren der Zusammenarbeit, der Diskussion und der Konsensfindung für Aktivisten, die indigene Völker der ganzen Welt repräsentieren.

4. Gift und Gewinn: Ökologische Gerechtigkeit und der Kampf um die Gesundheit der Bevölkerung

Die Forderung nach Ökologischer Gerechtigkeit wird zunehmend auch von jenen vertreten, die sich ursprünglich für die Gesundheit der Bevölkerung einsetzten. Im ganzen Land wurden Milliarden Liter hochgiftiger Schadstoffe wie Quecksilber, Dioxin, PCB⁶, Arsen, Blei, Chrom und andere Schwermetalle inmitten von Wohngebieten gelagert und entsorgt, ohne dass die dort lebende Bevölkerung etwas davon ahnte. Diese Lagerstätten vergiften Land und Wasser, in ihrer Nähe steigt die Gefahr von Krebserkrankungen, Geburtsfehlern, Nerven- und Leberschäden. Die schlimmsten von ihnen sind in der NPL als *Superfund sites* aufgeführt und sollen dringend gesäubert werden – so sah es zumindest der Plan im Jahr 1980 vor. Mehr als zehn Jahre später lebten nach einer Studie des National Research Council jedoch noch immer mehr als 41 Millionen Menschen in einem Umkreis von vier Meilen einer der 1500 *Superfund sites* (National Research Council 1991). In schätzungsweise 85 Prozent dieser Gegenden gibt es Probleme mit dem Grundwasser – eine besonders beunruhigende Tatsache wenn man bedenkt, dass mehr als die Hälfte aller US-Amerikaner auf Grundwasser als Trinkwasser angewiesen sind. Neben diesen supergiftigen Deponien existieren in den Vereinigten Staaten nach Schätzungen

6 Polychlorierte Biphenyle (PCB) wurden als Weichmacher in Fugendichtungsmassen und Kunststoffen, als Flammschutzmittel (z.B. als Beschichtung von Deckenplatten) verwendet, auch Durchschreibpapier, Farben, Lacke und Tinten enthielten beträchtliche Anteile an PCB. PCB reichert sich im Fettgewebe innerhalb der Nahrungskette an und hat auf Grund der Ähnlichkeit mit Dioxinen eine hohe chronische Toxizität. Da PCB geruch- und geschmacklos sind, können sie auch in hohen Konzentrationen nicht wahrgenommen werden.

nicht weniger als 439.000 weitere illegale gefährliche Müllanlagen (Environmental Research Foundation 1993: 1-2). Bedrohlich für die Volksgesundheit sind darüber hinaus der extensive Gebrauch von Pestiziden, die Kontamination von Umwelt und Mensch mit Blei sowie mit Dioxin und Quecksilber, die aus den Schornsteinen kommunaler Müllverbrennungsanlagen und Kraftwerke strömen.

In Kombination mit dem neoliberalen Anschlag auf die Regulierungskapazität des Staates externalisiert das US-Kapital mehr und mehr seiner Kosten und wälzt sie auf die Gesellschaft ab. Zum Wohle des Gewinnes wird an Sicherheitsmaßnahmen und Gesundheitsvorsorge inner- und außerhalb der Unternehmen sowie an der Verminderung des Schadstoffausstoßes gespart. Intensiviert wird dagegen der Raubbau an der Natur. Das macht sich bemerkbar: Das Toxic Release Inventory der EPA listete 1998 etwa 23.000 Industrieanlagen auf, die insgesamt 7,3 Millionen Pfund chemischer Giftstoffe in Wasser, Luft und Erde leiteten. Fast immer – in 94 Prozent der Fälle – gelangten diese Schadstoffe direkt vor Ort in die Umwelt, was die Gesundheitsrisiken in den angrenzenden Gemeinden stark erhöhte. Zur Lösung dieser Krise wurden viele neoliberal inspirierte Initiativen ergriffen – doch haben sie die Krise eher verschärft als gelöst. Das belegen die wachsenden Probleme mit Sondermüll, Schadstoffemissionen und anderen Folgekosten der kapitalistischen Produktion.

Das liegt am Design dieser neoliberal inspirierten Regelungen: Die meisten Umweltgesetze zielen darauf ab, die Quellen der Umweltverschmutzung lediglich so einzugrenzen, dass die Schadstoffe hinterher angemessen entsorgt werden können (anstatt wie zuvor üblich das Gift schlicht vor Ort in die Umgebung zu leiten). Ist die Verschmutzung dann „eingefangen“, zahlt das verursachende Unternehmen dem Staat oder einer spezialisierten Firma einen bestimmten Betrag für deren Entsorgung. Damit wird der Abfall kommodifiziert – als Ware wird er mobil, reist durch das ganze Land, überquert eventuell die Grenzen auf der Suche nach Orten zur „effizienten“ (d.h. billigen und politisch durchsetzbaren) Lagerung, Verbrennung oder Verarbeitung. Dabei ist es kein Zufall, dass der Müll oft dort Endstation macht, wo ohnehin die Verlierer wohnen – in Gemeinden mit farbiger Bevölkerungsmehrheit oder in armen Arbeiterbezirken (vgl. Bullard 1990; 1994). Ihnen fehlt die politische Macht, um sich gegen den Abfall-Strom zu wehren; das Land ist billig zu haben und daher billig zu verschmutzen; und man ist dort dringend auf neue Jobs und Steuereinnahmen angewiesen. Milliarden Dollar werden jedes Jahr ausgegeben, „um Luft und Wasser von den Schadstoffen zu reinigen, nur um eben diese Schadstoffe anschließend in ökologisch unhaltbarer Weise im Boden zu lagern“, beklagt ein Regierungsbericht das Ergebnis dieses Kreislaufs.⁷

7 „Die lange Geschichte der laxen Durchsetzung des RCRA (Resource Conservation and Recovery Act) hat nicht nur den ursprünglichen Zweck dieses Gesetzes unterminiert, sondern auch den vieler anderer Gesetze zum Umweltschutz“. (Regenstein 1986: 160).

Die immer neuen neoliberalen Initiativen beschleunigen und intensivieren die – legale und illegale – Zirkulation von Abfällen und Giftmüll. Mehr als alle anderen Phänomene verdeutlicht dies die rassen- und klassenspezifische Ungleichheit von Umweltbelastung, die die neue Ökologie-Bewegung nun mehr und mehr bekämpft. In den vergangenen zwei Jahrzehnten wurden Tausende regionaler und lokaler Bürgerinitiativen ins Leben gerufen, die sich für die Säuberung von Giftmülldeponien einsetzen, für die Begrenzung industrieller Schadstoffemissionen, für die Durchsetzung von Umweltstandards und –gesetzen. Diese Organisationen, die ursprünglich aus den verschiedensten politischen Kontexten hervorgegangen sind, und bei denen sich ein bemerkenswert hoher Anteil an Frauen in führenden Positionen befinden, stellen mehr und mehr die Verbindung zwischen Themen wie Konzernmacht, Nachlässigkeit der Regierung und der Entrechtung der Bürger her. In der Folge arbeiten diese Organisationen immer häufiger mit Organisationen für Ökologische Gerechtigkeit zusammen, oder mutieren selbst zu einer solchen Organisation. Vereinigungen wie das Center for Health, Environment and Justice (CHEJ) unter der Führung von Lois Gibbs – einem ehemaligen Aktivistin bei Citizen’s Clearinghouse on Hazardous Waste – versuchen landesweit, die Anti-Giftmüll-Bewegungen wachzurütteln und die Frage nach der politischen Macht zu stellen.

5. Export ökologischer Risiken zur neuen globalen Müllkippe: Solidarität mit der Dritten Welt und der Kampf um Ökologische Gerechtigkeit

Die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit speist sich auch aus dem Kampf für Menschenrechte und aus antiimperialistischen Kampagnen der Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt. Vor dem Hintergrund der konzerngetriebenen Globalisierung erhalten diese Solidaritätsbewegungen ein neues Gewicht. Denn Widerstand kann nicht an den eigenen nationalen Grenzen enden in einer Zeit, in der es transnationalen Unternehmen mehr und mehr gelingt, Gewerkschaftsmacht zu demontieren, Umweltschutzmaßnahmen sowie Gesundheitsstandards zu umgehen, indem sie schlicht auswandern in politisch wie ökonomisch repressive Staaten wie Mexiko, Indonesien, Nigeria oder in die Staaten Mittelamerikas (Faber 1993). Erwünschtes Resultat dieser Strategien ist es, Staaten und Regierungen gegeneinander auszuspielen. In ihrem Versuch Kapital ins Land zu holen, streichen sie Gesetze, die zwar Mensch und Natur schützen, den Profit aber schädigen. Unterstützt wird dieser Abbau von Schutzrechten durch Freihandelsabkommen wie die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA oder durch die Welthandelsorganisation WTO. Resultat ist eine Form des ökologischen Imperialismus: Nicht nur Müll wird in arme Staaten exportiert, auch extrem schädliche – aber profitablere – Produk-

tions- und Entsorgungsverfahren finden ihren Weg in Länder mit schwachen Gewerkschaften, lockeren Umwelt-, Sicherheits- und Gesundheitsstandards (Castleman/Navarro 1987: 1-19; Karliner 1997).

In Mexiko befinden sich entlang der Grenze zur USA etwa 2.000 Fabriken, die Maquiladoras. Viele von ihnen hatten früher ihren Standort in den Vereinigten Staaten, wurden aber auf Grund niedriger Löhne und anderer profitabler Produktionsbedingungen hinter die mexikanische Grenze verlagert. So sind die im Vergleich zu den USA schwachen Umweltgesetze in Mexiko für die Unternehmen einer der Hauptgründe für den Umzug. Das zeigt eine Studie aus der mexikanischen Grenzstadt Mexicali (Sanchez 1990: 163-170). In der Verwertungslogik hat das seine Berechtigung, was auch die Weltbank anerkannt hat: In seiner Funktion als Chefökonom der Bank notierte Lawrence Summers – von 1994 bis 2000 Finanzminister unter US-Präsident Bill Clinton – in einem Memo 1991 den mittlerweile berühmten Satz, „die Logik hinter der Entscheidung, Giftmüll in einem Land mit den billigsten Löhnen zu deponieren, ist einwandfrei“; die Weltbank solle daher „die Zuwanderung der dreckigsten Industrien in die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) fördern“.

Das Schmieden von Allianzen mit Volksbewegungen in der Dritten Welt ist daher eine weitere wichtige Aufgabe der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit. Waren es in den achtziger Jahren lediglich Organisationen wie das Environmental Project On Central America (EPOCA) oder das Third World Network, so konzentrieren sich heute immer mehr Umweltbewegungen auf die Zusammenhänge zwischen der konzerngetriebenen Globalisierung, der wachsenden weltweiten Armut, den Menschenrechtsverletzungen, der Verpestung der Umwelt und den Demokratiedefiziten in der Dritten Welt (vgl. dazu auch Faber 1993).

6. Kommunen im Kampf für soziale und ökonomische Reform: Selbstermächtigung der Unterdrückten und Ökologische Gerechtigkeit

Ein wichtiges Element der Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit kommt schließlich aus den Kämpfen kommunaler Organisationen für soziale und ökonomische Gerechtigkeit, besonders aus jenen Kommunen mit farbiger Bevölkerungsmehrheit. Ursprünglich arbeitete man hier zu Themen wie bezahlbarer Wohnraum und Kinderbetreuung, angemessene Mindestlöhne und Weiterbildungsmöglichkeiten, Zugang zu öffentlichen Transportmitteln und Dienstleistungen oder die Reform der Sozialhilfe und kämpfte gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt, Ausgrenzung, Verfall der Schulen, Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung oder gegen diskriminierende Regelungen der Banken bei der Kreditvergabe. Doch inzwischen wird der Aktionshorizont erweitert um Themen wie Bleivergiftung, ehemalige Giftmülldeponien, den Mangel an Parks

und Erholungsflächen, Luftverschmutzung oder andere Felder der Ökologischen Gerechtigkeit. Obwohl sich viele dieser Organisationen nicht als strikte „Umwelt-Organisationen“ verstehen, widmen sie doch einen großen Teil ihrer Arbeit der Ökologie ihres Lebensumfeldes. Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren die größten Erfolge auf dem Gebiet der Umwelt von Bewegungen erzielt, die – interdisziplinär – für ökonomische Gerechtigkeit kämpfen.

Eine von ihnen ist DARE (Direct Action For Rights and Equality). Die Organisation wurde 1986 gegründet, um farbige Familien mit geringem Einkommen in Rhode Island im Kampf für soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit zusammenzuführen. 900 Familien aller Hautfarben sind hier inzwischen zahlende Mitglieder, organisiert in so genannten Block Clubs. Bei regelmäßigen Treffen werden alle betreffenden Probleme identifiziert und anschließend Strategien zu ihrer Lösung entworfen. Seit Gründung hat sich DARE erfolgreich für die Säuberung von mehr als 100 belasteten Flächen und für die Verbesserung kommunaler Spielplätze und Parks in ganz Providence eingesetzt. Einen seiner größten Erfolge erzielte DARE, als Rhode Island der erste US-Bundesstaat wurde, in dem Tagesmüttern und -vätern eine Gesundheitsversorgung garantiert wird. Durch diese Vereinbarung mit DARE hat Rhode Island einen neuen Standard gesetzt, dem andere Bundesstaaten folgen können. Weitere Kampagnen von DARE zielen darauf ab, lokale Unternehmen zur Einstellung und Weiterbildung junger Menschen zu bewegen oder die Luftverschmutzung in armen Gebieten weiter zu verringern.

Aus dieser Ecke der Ökologie-Bewegung kommen auch religiöse Gruppen und Allianzen, zu denen sich entrechtete ethnische Minderheiten zusammengeschlossen haben und die für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Auf dem gemeinsamen Glaubensbekenntnis basiert zum Beispiel die St. Paul Ecumenical Alliance of Congregations (SPEAC), die sich 1990 durch die Zusammenführung verschiedener religiöser wie auch weltlicher Gruppierungen in St. Paul gebildet hat. St. Paul ist der Volkszählungsbezirk von Minnesota mit dem geringsten Einkommen. Heute haben die 19 armen SPEAC-Gemeinden ihre Allianzen strategisch auf lokale, kommunale und regionale Ebenen ausgeweitet, um ihre zentralen Forderungen durchzusetzen: die Schaffung besser bezahlter Jobs durch die Wiedergewinnung verschmutzter Stadtareale; die regionale Umverteilung des Steuer- und Investitionsaufkommens; die Reform der öffentlichen Finanzen; die Schaffung von bezahlbarem Wohneigentum und die Reform der Sozialhilfe. In enger Zusammenarbeit mit einigen Vorstadtbezirken erhielten SPEAC und die Interfaith Action (IA) jüngst öffentliche Gelder in Höhe von 68 Millionen Dollar. Diese Mittel waren ursprünglich dazu vorgesehen, Gebiete in den Vorstädten („green fields“) zu urbanisieren. Stattdessen wurde das Geld umgewidmet zur Säuberung und Rückgewinnung verschmutzter Innenstadtfelder („brown fields“). Kombiniert mit privaten Investitionen soll dieses Geld am Ende 2000 dauerhafte und gut bezahlte Arbeitsplätze für jene

schaffen, die sie am dringendsten brauchen und gleichzeitig die Zersiedlung des Umlands eindämmen. Diese Kampagne ist mittlerweile zu einem landesweiten Modellprojekt geworden.

Kampf um Ökologische Demokratie: Die Verbindung von Nachhaltigkeit und Ökologischer Gerechtigkeit

Zu Beginn des neuen Jahrtausends steht der Mainstream der US-amerikanischen Ökologiebewegung vor einem Paradox: Auf der einen Seite haben Umweltaktivisten in den vergangenen 30 Jahren eine der machtvollsten „neuen sozialen Bewegungen“ in der Geschichte des Landes geformt. Als Ergebnis gehören die US-amerikanischen Umweltgesetze zu den strengsten in der Welt. Auf der anderen Seite hat die Bewegung zwar viele wichtige Schlachten gewonnen, doch läuft sie Gefahr, den Krieg um einen gesunden Planeten zu verlieren. Mit dem Aufstieg der neoliberaler Ideologie und der Globalisierung und mit dem wachsenden Einfluss der Konzerne auf alle Bereiche des Lebens schwindet die Fähigkeit der Bewegung, der ökologischen Krise zu begegnen. Zwar ist unbestreitbar, dass ohne die Existenz der etablierten Umweltbewegung und ohne das bestehende Regulierungssystem die ökologischen Probleme noch sehr viel größer wären. Andererseits jedoch wird immer klarer, dass die althergebrachten Strategien zunehmend an Wirkung einbüßen. Es mag zwar Umweltgesetze geben – doch werden sie oft nicht beachtet und ihre Geltung nicht rigide überwacht. Zudem sind die Gesetze oft zahnlos. Sie verlangen zum Beispiel die *Kontrolle* von Verschmutzung und die Einhaltung von „erträglichen“ Belastungswerten, anstatt auf die *Verschmutzungs-Prävention* zu setzen, mit der gleich zu Beginn die Produktion ganzer Schadstoffklassen verhindert würde. Daneben wird die Situation in anderen Umweltbereichen immer ernster, zum Beispiel das Problem der Verstädterung oder die Emission von Treibhausgasen in den USA. Das US-System zur Umweltschutz-Regulation mag zu den besten der Welt gehören, doch ist es letztlich gänzlich ungeeignet, die menschliche Gesundheit zu schützen oder die Natur zu bewahren.

Der vielleicht zentrale Faktor zur Erklärung der neoliberalen Hegemonie wie auch der wachsenden Unfähigkeit zur Lösung der ökologischen Krise ist, was Robert Putnam die Schrumpfung des „sozialen Kapitals“ genannt hat – also die Schrumpfung sozialer Netzwerke und Einrichtungen, die die Bildung, Koordination und Zusammenarbeit von Bürgern zum gegenseitigen Nutzen fördern.⁸ Seit Jahrzehnten nimmt landesweit die Macht sozialer Netzwerke ab, die Bürger in Umweltschutzbewegungen und andere zivilgesellschaftliche In-

8 Putnam leiht sich den Begriff des „Sozialkapitals“ vom Soziologen James Coleman und hat zur Abnahme der Bürgerbeteiligung an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ausführliche Studien durchgeführt (Putnam 2000: 1-541).

stitutionen integrieren. Der daraus folgende Rückgang an Sozialkapital be- und verhindert die originäre Beteiligung von Bürgern in öffentlichen Angelegenheiten, und reduziert ihre Fähigkeit, ökologische Probleme angemessen zu lösen (siehe dazu Borgos/Douglas 1996: 18-28). Mit der Erosion dieser gesellschaftlichen Institutionen wächst beim Normalbürger der Zynismus. Er glaubt nicht mehr daran, gemeinsam mit anderen wesentliche soziale oder ökologische Veränderungen herbeiführen zu können und zieht sich zurück auf einen Standpunkt, für den Jürgen Habermas den Begriff des „staatsbürgerlichen Privatismus“ geprägt hat: Hier geht es nur noch um Fragen des individuellen Lebensstils, um die eigene Karriere, um Aufstiegschancen und um Formen des demonstrativen Konsums. Konfrontiert mit sozialen oder ökologischen Problemen wird das Heil lediglich noch in „privatisierten“ Lösungswegen gesucht, also zum Beispiel im Umzug in „saubere“ Gemeinden oder im Wechsel des Arbeitsplatzes. Das führt zu einer Verschärfung der Trennung von sozialen, religiösen oder ethnischen Bevölkerungsteilen: Die „Habenenden“ ignorieren die Probleme der „Habenichtse“. Statt gegen zunehmende Umweltzerstörung, Diskriminierung, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten oder Sozialleistungen zu kämpfen, begrüßen sie Steuersenkungen, Programme zur fiskalischen Stabilität und harsche Strafen gegen Straftäter.

Unglücklicherweise haben viele Umweltinitiativen konzernartige Organisationsmodelle übernommen und behindern so zusätzlich eine breite Partizipation der Bevölkerung an der Lösung der anstehenden Probleme. Für diese Gruppen beschränkt sich Bürgerbeteiligung auf Zahlung der Mitgliedsbeiträge, Unterschriften unter Gesuche und Petitionen oder auf gelegentliche Briefe an zuständige Regierungsstellen. William Shutkin sieht „bei vielen non-profit Umweltschutz-Organisationen die Tendenz, ihre Mitglieder als Klienten zu betrachten, als Kunden, die bestimmte Dienstleistungen konsumieren oder als Freiwillige, die den Bedürftigen helfen, anstatt in ihnen Mitstreiter zu sehen – Beteiligte bei der Suche nach Ideen und Projekten, die unseren Alltag formen“ (Shutkin 2000: 1-20).

Eine weitere unselbige Tendenz etablierter Organisationen ist ihr Bemühen um Professionalisierung: Sie sind so damit beschäftigt, Studien durchzuführen, Gesetzesvorlagen auszuarbeiten und für diese Vorlagen Unterstützung der Wähler zu organisieren, dass der Mainstream von ihnen sich mehr und mehr auf professionelle Experten und deren Studien verlässt. Durch dieses Expertentum versuchen die Bewegungen Legitimität wiederzuerlangen, ernst genommen zu werden in den ihnen zunehmend feindlich gegenüberstehenden neoliberalen Polit-Zirkeln. Zwar ist unklar, ob ihnen das gelingt. Klar ist jedoch, dass das Expertentum auf Kosten der inneren Demokratie einiger Organisationen geht – wo der Fachmann herrscht, da hat der Laie zu schweigen. Die Verengung des Blicks auf wissenschaftlich-technische oder juristische Fragen, Lösungen und Kompromisse, die Verdrängung von Themen wie politische

Macht und demokratische Entscheidungsfindung erstickt das Interesse und das Engagement der Bürger – die ja zumeist Laien sind (Faber 1989: 12-39).

Um nicht nur den Angriff der Konzerne auf die Natur, sondern auch die Demokratiekrise der Umweltschutz-Organisationen zu überwinden, benötigen wir eine Stärkung der *aktiven, umweltbewussten Bürgerschaft*, die den Prinzipien der *ökologischen Demokratie* verpflichtet ist. Diese Prinzipien beinhalten ein Bekenntnis zu: (1) *Basisdemokratie und Inklusion* – das bedeutet einerseits die lebhafteste Beteiligung von Menschen aus allen Lebensbereichen bei der Entscheidungsfindung von Kapital, Staat und sozialen Institutionen; und andererseits zivilgesellschaftliche Institutionen und Bewegungen, die die Interessen der Bürger vertreten; (2) *soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit* – also die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und die Sicherung grundlegender Menschenrechte für alle Mitglieder der Gesellschaft; (3) *Nachhaltigkeit und Umweltschutz* – das bedeutet, die Unversehrtheit der Natur für die heutige und für die kommenden Generationen sicher zu stellen. Auf diesen drei Säulen ruht das Konzept der ökologischen Demokratie, auf sie stützt sich die Vision einer gerechteren und ökologisch intakten amerikanischen Gesellschaft.

Es gibt Zeichen der Hoffnung, dass dies keine Utopie bleibt. Nicht nur in den USA, in der ganzen Welt stehen Menschen auf und kümmern sich aktiv um ihre soziale und natürliche Umwelt. Neue Graswurzel- und Basis-Bewegungen wenden sich gegen Weltbank und Welthandelsorganisation WTO (auch nach der Battle of Seattle 1999), gegen die konzernartigen und exkludierenden Strukturen etablierter Umweltorganisationen und bekämpfen den Raubbau der Wälder durch Holz-Konzerne ebenso wie die wachsende Armut in der Welt. Als Antwort auf die Herausforderung des Neoliberalismus und der Globalisierung organisieren diese Bewegungen eine breite Unterstützung der Bevölkerung, sie setzen sich für ökonomische Gleichheit ein, für eine stärkere Rechenschaftspflicht von Unternehmen und Regierung (zum Beispiel für Informationsrechte bezüglich Umweltfragen) und für umfassendere Strategien gegen ökologische Gefahren (indem sie zum Beispiel *vorbeugende* Maßnahmen gegen Verschmutzung und die Eliminierung von Verschmutzungsquellen fordern anstelle bloßer Verschmutzungskontrolle. Der Kampf um ökologische Demokratie markiert die Geburt einer Bewegung für eine *transformative* Umweltpolitik (vgl. hierzu Faber/O'Connor 1993: 12-24 oder Dowie 1995).

Die Aktivisten der neuen Bewegung haben die Notwendigkeit der Bildung starker Koalitionen und Gemeinwesen klar erkannt. Sie setzen sich daher für eine aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen ein und schmieden starke Allianzen mit anderen lokalen Organisationen. Die entscheidende Aufgabe der Bewegung beim Wiederaufbau von Sozialkapital und einer dynamischen ökologischen Demokratie ist „die Stärkung der Fähigkeit von Gemeinden zur Selbstverwaltung, zur Selbstregulierung – das bedeutet, dass sie die zentralen Fragen des Zusammenlebens selbst entscheiden können“, so Mark Gerzon

(1995: 188-195). Da diese Organisationen beim Aufbau einer Bürgerbasis einen multi-thematischen Ansatz verfolgen, stärken sie die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zur Führung von Kampagnen, die sich gegen die verschiedensten sozialen und ökologischen Missstände wehren – im Gegensatz zu isolierten Ein-Thema-Gruppen, die diese Probleme als jeweils getrennte konstatieren und behandelt sehen wollen. In dieser Hinsicht hat die Bewegung bereits Erstaunliches geleistet: Sie hat den Kreis der Ansprechpartner von weißen Mittelklasse-Familien ausgedehnt auf Bewohner verarmter Gegenden ebenso wie auf die unterdrückten Vertreter ethnischer Minderheiten, die bislang isoliert und von der etablierten Umweltbewegung ausgeschlossen waren. Zwar stoßen Politikansätze von Gruppen, die sich auf eine gemeinsame ethnische Identität berufen, zwangsläufig an Grenzen wenn es darum geht, Koalitionen mit der weißen Mittelklasse zu bilden. Doch auch hier hat die Bewegung es geschafft, die Grenzen der einzelnen Gruppen, Gemeinden und Nachbarschaften über die Schranken von Klasse, Ethnie, Geschlecht oder Ideologie hinweg auszudehnen, die die fragmentierten Kämpfe bislang voneinander getrennt hat (Mathews 1997: 275-280).

Durch die Betonung der Basis-Arbeit gegenüber traditionellen Formen des Umwelt-Lobbying forciert die neue Bewegung die Ermächtigung von Kommunen, Kreisen und Gemeinden, also die lokale Verhandlungsmacht. Während im konventionellen Modell von Vertretung und Repräsentation Aktivistischen Organisationen gründen, die anschließend *im Namen* und im Auftrag der Gemeinde oder Kommune sprechen, mobilisiert die neue Bewegung die Bewohner selber und motiviert sie dazu, die systemischen Barrieren zu durchbrechen, die sie von der Entscheidungsfindung ausschließen – auf das sie *für sich* sprechen und handeln (siehe dazu Alston 1991). Die Schaffung einer Massengrundbasis beinhaltet die Schaffung von transparenten, demokratischen Organisationsstrukturen und institutionellen Prozessen, die besonders armen und unterdrückten Menschen die Möglichkeit eröffnet, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern.

Schlussfolgerung

Es ist inzwischen offensichtlich, dass die etablierte Umweltbewegung in den USA zu fragmentiert, zu provinziell und zu dominiert durch monothematische Ansätze ist, um die zentralen ökologischen und sozialen Veränderungen durchzufechten, die es braucht, um die ökologische Krise der USA zu beheben. Es ist genau diese traditionelle Orientierung an voneinander getrennten Einzelthemen, die die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit theoretisch und praktisch kritisiert, indem sie versucht, auf einer breiten Mitgliederbasis umfassendere Ansätze zur Lösung kommunaler, nationaler und auch globaler Probleme zu verfolgen. Um Missverständnissen vorzubeugen sei hier

unterstrichen: Im Kampf um Ökologische Gerechtigkeit geht es nicht um eine gerechtere oder gar gleiche *Verteilung* von Umweltbelastungen. Ziel ist also nicht eine „Distributionsgerechtigkeit“, sondern schlicht die *Verhinderung* von Umweltverschmutzung, also eine „Produktionsgerechtigkeit“. Es geht also um mehr – um Veränderungen, die tief in die Wirtschaftsstruktur eingreifen. Der Kampf um Ökologische Gerechtigkeit muss sich daher gegen die Macht der Unternehmen richten und die kapitalistische Produktion als solche angehen. Denn Ziel ist nicht, dass jeder Bürger seinen „fairen“ Anteil an ökologischen Risiken auf sich nimmt, sondern die Beseitigung dieser Risiken. Es reicht also nicht aus, von Regierung und Staat eine Gleichbehandlung, eine Art ökologische Gleichberechtigung zu fordern. Daher mag eine stärkere demokratische Beteiligung an Regierungsentscheidungen oder kommunalen Projekten zwar wünschenswert sein und sogar unerlässlich. Dennoch reicht sie für das Ziel wirklicher Nachhaltigkeit und Ökologischer Gerechtigkeit nicht aus. Was wir brauchen, ist ein reicheres, weiteres Verständnis von Ökologischer Demokratie.

Solange Umweltaktivisten sich nicht gegen das System der *Produktion* von Umweltrisiken wenden, solange wird es ihnen letztlich auch nicht gelingen, eine gerechtere *Verteilung* dieser Risiken zu erreichen (Lake 1996: 169). Ohne die Thematisierung der grundlegenden Prozesse und Verfahren, die Umweltschäden hervorbringen, bleibt jeder Versuch, diese Ungerechtigkeiten zu korrigieren, ein bloßes Kurieren an Symptomen. Die Ursache der Krankheit bleibt. Die Bemühungen bleiben am Ende unvollständig und ungenügend. Unerlässlich ist also eine Politik der Ökologischen Gerechtigkeit, die auf prozessuale Gleichheit zielt, die also demokratische Partizipation auch bei Investitionsentscheidungen – einfordert. Denn schließlich sind es diese Entscheidungen, aus denen die ökologischen Schäden resultieren und erst dann – ungleich – verteilt werden. Eine ökologische Produktionsgerechtigkeit kann aber nur erreicht werden durch ein ökologisch nachhaltiges Produktionssystem – um es klar zu sagen: durch eine post-kapitalistische Gesellschaft, in der die Güterherstellung und –verteilung demokratisch geplant und verwaltet wird, gemäß den Bedürfnissen gegenwärtiger und künftiger Generationen.

Anstatt also als Ansammlung voneinander isolierter Organisationen defensive „Kein-Müll-in-meinem-Hinterhof“-Schlachten zu schlagen (so wichtig diese Schlachten sein mögen), muss die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit zu einer politischen Kraft heranwachsen, die in der Lage ist, die systemischen Ursachen zu bekämpfen, die zu Verschmutzung und Vergiftung in „jedermanns Hinterhof“ führen. Es ist genau die Bedeutung des Unterschieds zwischen einer ökologischen *Distributionsgerechtigkeit* und einer *Produktionsgerechtigkeit*, die vielen Vertreter der Bewegung inzwischen deutlich wird. Sie beginnen daher, grundlegendere Fragen zu stellen – Fragen nach dem, was Barry Commoner die „soziale Beherrschung der Produktionsmittel“ nennt (Commoner

1990); Fragen nach einer radikalen Demokratisierung aller politischen, sozialen und ökonomischen Institutionen. Nur auf diesem Weg kann es der Menschheit gelingen, die Kontrolle über ihr Verhältnis zur Natur wieder zu gewinnen. In einem solchen Programm würden die gesellschaftlichen Institutionen, die Organisation der Produktion, Institutionen der direkten Demokratie, staatliche Planung, Verfassungsgarantien und die Initiativen der basisdemokratischen Ökologie-Bewegung aufgehen in dem Gesamt-Projekt einer genuin Ökologischen Demokratie.

Aufgabe und Herausforderung für die Bewegung zur Ökologischen Gerechtigkeit ist es nun, eine politische Bewegung mit wirklich breiter Basis zu schmieden. Die etablierten und traditionellen Umweltbewegungen mögen eine wichtige Rolle dabei gespielt haben, einige der schlimmsten Bedrohungen für Mensch und Natur aufgehalten oder gemildert zu haben. Doch entspricht das nicht mehr den Anforderungen der Zeit. Sie sind zunehmend weniger in der Lage, dem Neoliberalismus und der massiven Restrukturierung des amerikanischen wie des internationalen Kapitals sozial gerechtere und ökologischere Entwicklungsmodelle entgegenzustellen. Und während Umweltzerstörung und ökologische Ungerechtigkeit rund um den Globus voranschreiten, wächst die Notwendigkeit einer massenhaften internationalen Bewegung, die sich auf den Prinzipien der Ökologischen Demokratie gründet. So wie in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Arbeiterbewegung sich wandeln musste von einer Handwerks- zu einer Industrie-Bewegung, so muss sie sich heute im Zuge der Internationalisierung des Kapitals weiter entwickeln vom Konzept der nationalen Industrie-Gewerkschaft hin zu einer weltweiten Vertretung verschiedenster Arbeitnehmer, unabhängig von Ethnie, Nationalität oder Geschlecht. Und so wie sich die Umweltbewegung in den sechziger Jahren wandelte von einer Bewegung der weißen Mittelklasse zur Erhaltung und Bewahrung der Natur, so muss sie heute den Standpunkt einzelner, lokal oder national isolierter Kämpfe aufgeben zu Gunsten eines multi-ethnischen, multi-nationalen, multi-thematischen und globalen Ansatzes für Ökologische Gerechtigkeit. Um *lokale* Erfolge zu sichern und auszubauen, müssen wir *global* zusammenarbeiten, müssen kämpfen für starke Gewerkschaften, starke Umweltorganisationen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der ganzen Welt. Vor dieser historischen Aufgabe steht heute die Bewegung für Ökologische Gerechtigkeit.

Aus dem Englischen übersetzt von Stephan Kaufmann

Literatur

- Alston, Dana (1990): *We Speak for Ourselves: Social Justice, Race, and Environment*, Washington, D.C.: The Panos Institute.
Bastian, Ann; Alston, Dana (1993): *An Open Letter To Funding Colleagues: New Developments*

- in the *Environmental Justice Movement*, New World Foundation and the Public Welfare Foundation, September 1993.
- Blanton, Kimberly (2000): The booming US economy returns some of the clout and the members that unions have lost over the years, *The Boston Globe*, 3. September 2000.
- Borgos, Seth; Douglas, Scott (1996): *Community Organizing and Civic Renewal: A View from the South*, Social Policy, Winter 1996
- Bryant, Bunyan and Mohai, Paul (ed.) (1992): *Race and the Incidence of Environmental Hazards: A Time for Discourse*, Boulder, CO: Westview Press.
- Bullard, Robert D. (1990): *Dumping in Dixie: Race, Class, and Environmental Quality*, Boulder, CO: Westview Press.
- Bullard, Robert D. (ed.) (1994): *Unequal Protection: Environmental Justice and Communities of Color*, San Francisco: Sierra Club Books.
- Castleman, Barry; Navarro, Vicente (1987): International Mobility of Hazardous Products, Industries, and Wastes, in *Annual Review of Public Health*, Vol.8.
- Chavis, Jr., Benjamin F.; Lee, Charles (1987): *Toxic Wastes and Race in the United States: A National Report on the Racial and Socioeconomic Characteristics of Communities Surrounding Hazardous Waste Sites*, New York: United Church of Christ Commission for Racial Justice.
- Commoner, Barry (1990): *Making Peace with the Planet*, New York: Pantheon.
- Dicken, Peter (1992): *Global Shift: The Internationalization of Economic Activity*, 2nd. Ed. New York: Guilford Press.
- Dowie, Mark (1995): *The Fourth Wave*, in *Losing Ground: American Environmentalism at the Close of the Twentieth Century*, Cambridge, MA: MIT Press.
- Environmental Research Foundation (1993): *Rachel's Hazardous Waste News*, No. 332.
- Faber, Daniel (1993) *Environment Under Fire: Imperialism and the Ecological Crisis in Central America*, New York: Monthly Review Press.
- Faber, Daniel (1998): The Political Ecology of America Capitalism: New Challenges for the Environmental Justice Movement, in: Faber, Daniel, (ed.), *The Struggle for Ecological Democracy: Environmental Justice Movements in the United States*, New York: Guilford Press.
- Faber, Daniel; Krieg, Eric (2000): *Unequal Exposure to Ecological Hazards: A Preliminary Report on Environmental Injustices in the Commonwealth of Massachusetts*, Boston: Northeastern University.
- Faber, Daniel, O'Connor, James (1989): The Struggle for Nature: Environmental Crisis and the Crisis of Environmentalism in the United States, in *Capitalism, Nature, Socialism*, No. 2, Summer 1989.
- Faber, Daniel; O'Connor, James (1993): Capitalism and the Crisis of Environmentalism, in Richard Hofrichter (ed.), *Toxic Struggles: The Theory and Practice of Environmental Justice*, Philadelphia: New Society Publishers.
- Gerzon, Mark (1995): Reinventing Philanthropy: Foundations and the Renewal of Civil Society, in *National Civic Review*, Vol. 84, No. 2-3, Summer-Fall
- Goldman, Benjamin; Fitton, L. (1994): *Toxic Waste and Race Revisited: An Update of the 1987 Report on the Racial and Socioeconomic Characteristics of Communities with Hazardous Waste Sites* (Washington, DC: Center for Alternatives, the National Association for the Advancement of Coloured People, and the United Church of Christ Commission for Racial Justice.
- Gordon, David (1996): *The Fat and the Mean: The Corporate Squeeze of Working Americans and the Myth of Managerial „Downsizing“*, New York: Free Press.
- Grinde, Donald A.; Zinn, Howard; Johansen, Bruce Elliott (1998): *Ecocide of Native America: Environmental Destruction of Indian Lands and Peoples*, Clear Light Publishers.
- Karliner, Joshua (1997): *The Corporate Planet: Ecology and Politics in the Age of Globalization*, San Francisco: Sierra Club Books.
- Laduke, Winona (1999): *All Our Relations: Native Struggles for Land and Life*, Boston: South End Press.
- Lake, Robert W. (1996): Volunteers, NIMBYs, and Environmental Justice: Dilemmas of Democratic Practice, *Antipode*, Vol. 28, No. 2.
- Lavelle, Marianne; Coyle, Marcia (1992): Unequal Protection: The Racial Divide in Environmental Law, *National Law Journal*, September 21.
- Levenstein, Charles; Wooding, John (1998): Dying for a Living: Workers, Production, and the Environment, in Faber, Daniel (ed.), *The Struggle for Ecological Democracy: Environmental Justice Movements in the United States*, New York: Guilford.

- Mathews, David (1997): Changing Times in the Foundation World, *National Civic Review*, Vol. 86, No. 4, Winter 1997.
- National Research Council (1991): *Environmental Epidemiology: Public Health and Hazardous Wastes*, Washington, DC: National Academy Press.
- O'Connor, James (1992): A Political Strategy for Ecology Movements, Capitalism, *Nature, Socialism*, Vol. 3, No. 1, March 1992.
- O'Connor, James (1994): A Red-Green Politics in the U.S.?, *Capitalism, Nature, Socialism*, Vol. 5, No. 19, March 1994.
- Perfecto, Ivette (1992): Farm Workers, Pesticides, and the International Connection, in Mohai, Paul; Bryant, Bunyan (eds.), *Race and the Incidence of Environmental Hazards: A Time for Discourse*, Boulder, CO: Westview Press.
- Petras, James (2000): The Third Way: Myth and Reality, *Monthly Review*, Vol. 51, No. 10.
- Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster.
- Regenstein, Lewis (1986): *How to Survive in America the Poisoned*, Washington, DC: Acropolis Books.
- Ross, Robert J. S.; Trachte, Kent C. (1990): *Global Capitalism: The New Leviathan*, Albany: State University of New York Press.
- Sanchez, Roberto A. (1990): Health and Environmental Risks of the Maquiladora in Mexicali, *Natural Resources Journal*, Vol. 30, Winter 1990.
- Shutkin, William (2000): *The Land That Could Be: Environmentalism and Democracy in the Twenty-First Century*, Cambridge, MA: MIT Press.
- Weaver, Jane; Means, Russell (eds.) (1996): *Defending Mother Earth: Native American Perspectives on Environmental Justice*, Orbis Books.